



# Bundes- tags- brief

Nr. 119 • Die Woche im Bundestag • 29.06.2012



DEUTSCHER BUNDESTAG  
**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222  
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Weichen richtig gestellt

Die Lage in Europa ist ernst, die Probleme sind längst nicht überwunden. Es darf daher kein Nachlassen in den Bemühungen zur Sicherung der Währungsunion und zur Stärkung der Wachstumskräfte in Europa geben. Es ist daher richtig, dass Deutschland die Beratungen über den Fiskalpakt und den Europäischen Stabilisierungsmechanismus mit großer Mehrheit zum Abschluss bringt. Das ist ein gutes Signal in und für Europa.

Die deutsche Wirtschaft zeigt sich vor dem Hintergrund der Krise im Euroraum zwar bemerkenswert stabil, aber die wirtschaftliche Grunddynamik hat sich verlangsamt – auch aufgrund von Entwicklungen in den Vereinigten Staaten und China sowie wegen insgesamt wachsender Skepsis. Die Binnennachfrage in Deutschland läuft weiter gut, aber es gibt erste Anzeichen für eine Abkühlung der Konjunktur. Es kommt daher jetzt darauf an, weiter konsequent zu handeln und nötige Strukturreformen umzusetzen. Nur dann sind wir auch in Zukunft gut gewappnet.

Die Rückschau zeigt die Richtigkeit unseres Weges: Drei Jahre christlich-liberaler Koalition haben unserem Land gut getan. Deutschland hat seinen wachstumsorientierten Stabilitätskurs gehalten und steht nach der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise besser da als die meisten anderen Staaten. Den Menschen in Deutschland geht es gut. Probleme dürfen nicht verschwiegen, sie sollten aber auch nicht überzeichnet werden. Es kommt in diesen unsicheren Zeiten auf die richtigen Lösungen an.

Wir stellen uns der Herausforderung und handeln, wo andere nur reden. Zahlen und Fakten zeigen, dass wir unser Land in die richtige Richtung führen:

Nach dem Einbruch der Wirtschaft um 5,1 Prozent im Jahr 2009 sind die Wachstumsraten 2010 auf 3,7 Prozent und 2011 auf 3,0 Prozent emporgeschnellt.

Die Wirtschaftsleistung Deutschlands ist mit einem Wert von 2.570 Mrd. Euro so stark wie nie zuvor. Und dieser Aufschwung kommt bei den Menschen an: Über spürbare Lohn- und Tarifsteigerungen auf der einen und immer mehr sozialversicherungspflichtige Jobs auf der anderen Seite.

Niemals zuvor gab es so viele Arbeitsplätze in Deutschland. Die Arbeitslosigkeit ist mit rund drei Millionen auf den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung gefallen. Besonders Langzeitarbeitslose profitieren von dem Aufschwung. Und viele Staaten in Europa bestaunen die niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland.

Deutschland hat inzwischen beste Chancen auf einen ausgeglichenen Haushalt schon 2014. Und statt über immer neue Finanzlöcher stopfen zu müssen, können wir über Überschüsse in den Sozialversicherungen reden. Die Stabilisierung der umlagefinanzierten Sozialsysteme in Deutschland hat also Wirkung entfaltet.

Damit Deutschland weiter im Wohlstand leben kann, steigert die christlich-liberale Koalition die Investitionen des Bundes in Bildung und Forschung – bis zum Jahr 2013 um 12 Mrd. Euro.

Mit dem Hochschulpakt II schafft sie bis 2015 zudem 315.000 zusätzliche Studienplätze und gibt den Forschungsinstituten mehr Spielraum bei der Verwendung staatlicher Gelder.

## **Deutschland setzt starkes Zeichen für Europa**

Wie von unserer Fraktion immer angestrebt, verabschieden Bundestag und Bundesrat den Fiskalvertrag und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) als Gesamtpaket und vor der Sommerpause.

Wir entscheiden unmittelbar nach dem Europäischen Rat (ER) vom 28. / 29. Juni 2012, in dessen Mittelpunkt eine Wachstumsstrategie für Europa steht.

Das Signal Deutschlands an Europa lautet: Wir sind zu europäischer Verantwortung bereit und sorgen uns um die Realwirtschaft in einigen Mitgliedstaaten. Aber Solidarität ist keine Einbahnstraße – wer Finanzhilfen will, muss seine öffentlichen Haushalte konsolidieren, Struktur-reformen durchführen und Wachstum ermöglichen.

Die Zukunft des Euro ist zu wichtig für parteitaktische Spielchen. Dennoch hat die Opposition politisches Kapital daraus zu schlagen versucht, dass im Deutschen Bundestag eine Zweidrittelmehrheit sowohl für den Fiskalvertrag als auch für den ESM angezeigt ist.

In den Verhandlungen konnten wir SPD und Grünen klar aufzeigen, dass wir von Beginn an für wirksame europäische Wachstumspolitik und eine Finanzmarkttransaktionssteuer eingetreten sind.

Es entspricht unserer Linie, dass das angestrebte 130-Milliarden-Euro-Wachstumspaket nicht über neue Schulden finanziert wird. Inhaltlich trägt die Vereinbarung unsere Handschrift, die Opposition feiert lediglich gefühlte Siege.

Den Ländern konnten wir ebenfalls erfolgreich die Sorge nehmen, dass der bereits 2014 wirksam werdende europäische Fiskalpakt sie stärker in Anspruch nimmt als die auf Länderebene erst 2020 greifende deutsche Schuldenbremse: Der Bund haftet bis 2019 für etwaige europäische Sanktionszahlungen.

Zwecks Dämpfung von Kapitalmarktkosten hat die Bundesregierung sich überdies zu testweisen Bund-Länder-Anleihen im sogenannten Huckepackverfahren bereit erklärt, wobei eine gesamtschuldnerische Haftung auszuschließen ist.

## **Beschäftigung steigt - Zahl der Minijobber sinkt**

Die Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten ging in den ersten drei Monaten dieses Jahres um mehr als 140.000 zurück. Mit 6,99 Millionen geringfügig entlohnten Beschäftigten gab es nur 53.000 mehr Minijobber als im Ausgangsjahr 2004. Damit stieg die Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten seit 2004 um 0,8%. Dieser Zuwachs sei vor allem zurückzuführen auf die Zunahme von geringfügig entlohnten Beschäftigten im privaten Haushalt: Immer mehr Arbeitgeber meldeten ihre Haushaltshilfen an. Demgegenüber verzeichnete die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im selben Zeitraum einen Zuwachs von 9% (2,4 Millionen). Dies zeigt, dass keine Verdrängung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten durch Minijobs stattfindet.

*(Quellen: Reuters / Die Welt)*

## **Mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft in 2010**

Etwa 234,5 Mrd. Euro wurden im Jahr 2010 in Deutschland für Bildung, Forschung und Wissenschaft ausgegeben. Dies entspricht einem Anstieg von 4,3% im Vergleich zum Vorjahr.

Begünstigt wurde diese Entwicklung unter anderem durch den Hochschulpakt, die Exzellenzinitiative, den Kinderbetreuungsausbau und das Zukunftsinvestitionsgesetz. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 9,5% des Bruttoinlandsprodukts für Bildung, Forschung und Wissenschaft verwendet.

Der größte Anteil entfiel dabei mit 133,1 Mrd. Euro auf die Bildungseinrichtungen Kindergärten, Schulen und Hochschulen sowie auf die duale Ausbildung. Weiterhin wurden 19,5 Mrd. Euro für Bildungsförderung und Käufe der privaten Haushalte von Bildungsgütern aufgewendet, während für die Bereiche Weiterbildung, Jugendarbeit, Krippen und Horte 19,7 Mrd. Euro verwendet wurden. In Forschung und Entwicklung wurden 57,3 Mrd. Euro von Unternehmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen investiert, die Ausgaben für die Bildungs- und Wissensinfrastruktur betragen währenddessen 4,9 Mrd. Euro.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*